SVP Klartext

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

Spenden Sie jetzt! Einzahlungsschein liegt bei.

Direkte Demokratie 6
Nein zur Volksentmachtung!

Begrenzungs-Initiative 9
SVP und Auns reichen die Volksinitiative ein!

Alt Bundesrat Blocher 4
Freiheit und Sicherheit verteidigen

Die Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben in der Schweiz das letzte Wort. Volk und Kantone (Stände) bestimmen, was in der Schweiz als höchstes Recht gilt. Sie sind der Souverän, die oberste rechtsetzende Gewalt im Land. Sie sind der Verfassungsgeber. Damit sind wir sehr gut gefahren. Unsere freiheitliche Ordnung, aber auch unser Sozialstaat ist auf dieser Grundlage entstanden, nicht durch eine Anbindung an internationale Organisationen und ausländische Gerichte.

Abstimmung 25. November 2018

JA zur Schweizer Demokratie!

JA ZUR SELBSTBESTIMMUNGS-INITIATIVE

Franz Grüter

Unternehmer
Eich (LU)

Die Unabhängigkeit der Schweiz ist ein Erfolgsmodell. Dazu müssen wir Sorge tragen. Deshalb sage ich JA zur Selbstbestimmungsinitiative.

AZB 3001 Bern - Preis Fr. 35.- jährlich - erscheint monatlich - 52 000 Expl. - www.svp.ch - klartext@svp.ch - September 2018

Die SVP in den Schweizer Medien

20 minuten

Zürich

Zürcher Delegierte

Natalie Rickli soll für die SVP in den Regierungsrat

Die Delegierten der Zürcher SVP haben entschieden: Mit grossem Mehr schicken sie Nationalrätin Natalie Rickli ins Rennen um einen Sitz im Regierungsrat.

AARGAUER ZEITUNG

STEUERREFORM

SVP verlangt eine Liste mit 40 bis 50 Strafmassnahmen gegen die EU

bz BASEL

NÄHKÄSTCHEN

SVP-Grossrätin Gianna Hablützel-Bürki: «Ich bin nicht ausländerfeindlich»

Das Wort des Parteipräsidenten

Editorial Albert Rösti

Ablehnung Steuer-Päckli

Die SVP verlangte im Nationalrat eine Auftrennung des AHV-Steuer-Päcklis, damit das Stimmvolk über die einzelnen Teile separat und unverfälscht abstimmen könnte. Sie hat sich klar für eine schlanke Steuervorlage und eine nachhaltige finanzielle Sicherung der AHV, dem wichtigsten Sozialwerk der Schweiz, ausgesprochen. Mit dem Rückweisungsantrag an die vorberatende Kommission wollte sie eine für unseren Wirtschaftsstandort vorteilhafte, schlanke Steuervorlage neu aufgleisen. Die FDP, CVP und SP unterstützten jedoch die undemokratische Verknüpfung der AHV- und Steuervorlage, die einseitig den Mittelstand und die nächste Generation belasten wird. Aus diesen Gründen hat die SVP das Steuer-AHV-Päckli abgelehnt.

AHV sichern

Die nachhaltige finanzielle Sanierung der AHV ist für die SVP ein Muss. Sie verlangt beispielsweise, dass die Entwicklungshilfegelder von jährlich über 3 Milliarden um mind. 1 Milliarde gekürzt und dieser Betrag in die AHV verschoben wird, oder auch keine Kohäsionsbeiträge mehr an die EU bezahlt werden. Sie verlangt aber auch, dass eine strukturelle und damit nachhaltige Sanierung der AHV vorgenommen wird. Im Minimum ist die unbestrittene Erhöhung des Frauenrentenalters auf 65 (von heute 64) vorzunehmen. Es darf nicht sein, dass wie in der Päckli-Steuervorlage die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und insbesondere unsere Jugend einseitig durch höhere Arbeitnehmerbeiträge belastet werden.

Keine Aushebelung der Volksrechte

Die Vorlage besteht momentan aus zwei Teilen, die nicht zusammengehören. Damit wird die Einheit der Materie verletzt. Bei einer Volksinitiative wäre ein solches „Päckli“ gar ein Verfassungsbruch bzw. ungültig. Mit der Verknüpfung der Steuervorlage und der AHV wäre für die Bürgerinnen und Bürger keine unverfälschte Kundgabe ihres Willens mehr möglich. Das heisst nichts anderes als: Man nimmt Ihnen Ihre Stimme. Die SVP lehnt die Vorlage deshalb ab.

Und der nächste Schritt wird auch schon vorbereitet: Mit dem geplanten Rahmenabkommen mit der EU würde uns das Stimmrecht endgültig weggenommen. Die Entscheide werden dann in Brüssel getroffen. Wir Schweizerinnen und Schweizer werden nichts mehr zu sagen haben bzw. müssen einfach alles abnicken.

Albert Rösti

Nationalrat Albert Rösti, Präsident der SVP Schweiz

Tour des Cantons - Halt in Winterthur und Regensdorf

Die SVP hört zu und packt an! Unter diesem Motto stattet die Parteileitung der SVP Schweiz sämtlichen Kantonen Besuche ab. Ziel und Zweck dieser Besuche ist es, dass die Bevölkerung der Parteispitze im direkten Kontakt ihre Sorgen und Probleme mitteilen kann. Die SVP hört zu und packt an und bringt diese Anliegen in die Politik ein.

Nationalrätin Barbara Steinemann im Gespräch mit Gästen.

SVP bi de Lüt im Zentrum von Winterthur und...

...hier mit Parteipräsident Albert Rösti in Regensdorf.

INSERAT

Ohne klare und verständliche Botschaft kein Wahl- oder Abstimmungserfolg. Denn die Botschaft überbringt die Kernaussage Ihres Anliegens. Wir verleihen Ihrer Botschaft Flügel, damit Sie schnell Ihr Ziel erreichen.

Botschaft
abgel. v. «Bote»; <lat.> nuntius (Bote, Botschaft)

Wir freuen uns auf Sie!
Alexander Segert, Geschäftsführer
Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL
AG für Werbung und Public Relations
Wir wollen Ihren Erfolg

Freiheit und Sicherheit verteidigen

Eigenartiges geschieht: Urplötzlich merken die Gewerkschaften und im Gefolge auch die SP, dass der geplante institutionelle Rahmenvertrag, der unser Land an die EU anbinden und die schweizerische Unabhängigkeit beseitigen wird, Unheil über die Schweiz bringen wird. Sie realisieren endlich, dass die EU verlangt, in Zukunft die Gesetze für die Schweiz erlassen zu können. Dies ist ja der Sinn dieses unsäglichen Knechtschaftsvertrags. Damit wäre bestimmt kein Platz mehr für die schweizerischen, flankierenden Massnahmen, was die Linke stört.

von Alt Bundesrat Christoph Blocher (ZH)

Zudem muss jetzt die Linke endlich zugeben, dass die Werktätigen, die sie zumindest zum Schein vertreten wollen, Angst vor der Personenfreizügigkeit haben, ja, diese ablehnen – vor allem wegen dem damit verbundenen Lohndruck. Die Linke lässt die Werktätigen im Stich.

Auch Linke wollen Gesetze selber bestimmen

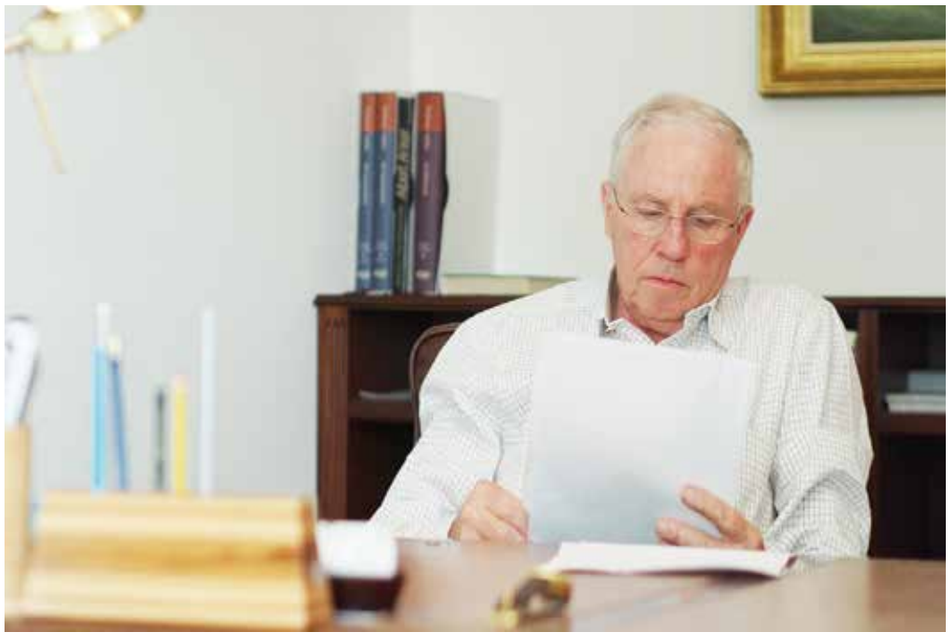
Merken jetzt plötzlich sogar die Linken, was passiert, wenn die EU und nicht die Schweiz selber ihre eigenen Gesetze erlässt. Zu hoffen, wäre es. Folgerichtig müsste jetzt auch die Linke den Rahmenvertrag ablehnen und endlich gegen den EU-Beitritt sein. Aber sie ist gefangen: Sie ist ja bis jetzt die Kraft, welche unser Land in die EU treibt und der Schweiz mit dem Rahmenvertrag einen Knechtschaftsvertrag aufbürdet, wonach nicht mehr die Schweizer unsere Zukunft bestimmen, sondern die EU-Exponenten.

Alle Schweizer betroffen

Jahrelang haben die Linken gemeinsam mit den Mitteparteien in der Euro-

papolitik den Verstand abgestellt.

Doch jetzt kommt es endlich an den Tag: Heute will die Linke kein EU-Recht im Arbeitsschutz, morgen trifft es die Schweizer praktisch überall: Bei den Steuern, bei der Unionsbürgerschaft, bei den Beihilfen, beim Freihandelsvertrag, bei den Transportregelungen, bei der Ausweisung von Kriminellen, in der Flüchtlingspolitik, um nur einige Beispiele zu nennen. Die Schweiz hätte nichts mehr zu sagen. Zerstört würden unsere Freiheit, Sicherheit und Wohlfahrt.



Die direkte Demokratie und Selbstbestimmung gilt es zu erhalten.

Selbstbestimmung erhalten
Für die SVP war von allem Anfang klar: Die Schweiz will ihre Gesetze selber bestimmen. Eine Preisgabe der Gesetzgebungshoheit an die EU kommt nicht in Frage. Das ist die rote Linie. Sie darf nicht verschoben werden: Denn der institutionelle Rahmenvertrag macht die Schweiz zur Kolonie der EU.

Wer ist der Gesetzgeber?
Die wichtigste Frage in einem Staat ist doch die: Wer ist der Gesetzgeber? In der Schweiz ist dies das Schweizer Volk. Doch es wird entmachtet. Darum ist die Zustimmung zur Selbstbestimmungsinitiative am 25. November 2018 von grösster Wichtigkeit. Kommt dann der Rahmenvertrag zur Abstimmung, muss dieser abgelehnt werden.

Es braucht Widerstand
Natürlich wird die EU den Druck auf die Schweiz erhöhen: «Und bist du nicht willig, so brauch ich Gewalt.» Nachteile und kleinere Erpressungen werden folgen, wie Brüssel das schon mit der Nichtanerkennung der Börsenäquivalenz versucht hat. Doch Druck aus dem Ausland auf die Schweiz ist in unserer Geschichte nichts Neues. Dies ruft nach Widerstand. Jetzt muss sich die Schweiz vorbereiten. Sie hat vorbehaltene Entschlüsse zu fassen und allfällig zu treffende Gegenmassnahmen bereitzuhalten. Man bedenke: Die EU exportiert pro Jahr für 133 Milliarden in die Schweiz, die Schweiz in die EU bloss für 117 Milliarden. Bundesrat Ueli Maurer hat bereits vorsorgliche Massnahmen gefordert. Es ist zu hoffen, dass er damit bei Bundesrat und Parlament durchdringt.

Dringend ist, dass Bundesbern in Brüssel endlich Klartext spricht. Die EU muss erkennen und akzeptieren, dass die Schweiz ihre Unabhängigkeit, Freiheit und Sicherheit, ihre einzigartige direkte Demokratie und den Föderalismus auf keinen Fall preisgibt.

Christoph Blocher kämpft zusammen mit der SVP unermüdlich gegen eine Anbindung der Schweiz an die EU.

von Alt Bundesrat Christoph Blocher, Unternehmer, Herrliberg (ZH)

Mit der Selbstbestimmungsinitiative wird künftig die bewährte Ordnung, Schweizer Recht vor ausländischem internationalen Recht, wieder hergestellt. Volksentscheide sind ohne Wenn und Aber umzusetzen.

Nein zur Volksentmachtung!

Sollen wir die Schweiz aufgeben? Sollen wir kapitulieren? Geht es nach Bundesgericht, Bundesrat und Parlamentsmehrheit werden in der Schweiz nicht mehr die Schweizerinnen und Schweizer, sondern die Ausländer das letzte Wort haben.

von Nationalrat Roger Köppel (ZH)

Vor sechs Jahren beerdigte das Bundesgericht in Lausanne die Schweiz, präziser: die direkte Demokratie. Die hohen Richter verfügten, dass ab sofort das internationale Recht, das angebliche Völkerrecht, über der Bundesverfassung, über den Volksentscheiden, über dem rechtmässigen Souverän stehe. Volk und Stände, mit einem Federstrich entmachtet.

Elitenverschwörung statt Gewaltenteilung

Gab es einen Aufschrei in Bern? Stiegen die angeblichen Volksvertreter, die einen Eid auf die Verfassung und die Volksrechte geschworen haben, auf die Barrikaden? Im Gegenteil: Sie nahmen den Steilpass aus Lausanne dankbar auf und fingen selber an, die direkte Demokratie zu verstampfen. Bundesräte, Politiker und Richter greifen nach der Macht im Staat.

Das sind keine überspannten Phantasien. Das sind keine Übertreibungen. Leider nein. Ich habe es bei der Nichtumsetzung der von Volk und Ständen verbindlich angenommenen Masseneinwanderungsinitiative im Bundeshaus mit eigenen Augen gesehen: Die Politiker hebeln eiskalt Volksentscheide aus. Sie setzen sich über die Verfassung hinweg – indem sie behaupten, internationales Recht stehe über Schweizer Recht.

Was jeweils im überschlauen Juristendeutsch verkauft wird, ist eine freche Anmassung. In der Schweiz gilt, eigentlich, der Rechtsstaat. Rechtsstaat heisst: Alle halten sich ans Recht, und was Recht ist, bestimmen Volk und Stände. Kein Verfassungsartikel, kein Gesetz kann ohne die Zustimmung der Bürgerschaft in Kraft treten! Die Bundesverfassung steht zuoberst.

Politiker und Richter ziehen Fremdbestimmung dem Volkswillen vor

Dagegen läuft jetzt ein Staatsputsch in Bern und Lausanne. Nicht mehr die Bürgerinnen und Bürger sollen bestimmen, was gilt, sondern ausländische Instanzen. Es geht um die Macht. Das internationale Recht ist

der Zauberstab, mit sie in Bern das Volk, den eigentlichen Souverän wegzaubern wollen. Statt Selbstbestimmung der Bürger haben wir Selbstbestimmung der Politiker. Das muss wieder gedreht werden!

« Statt Selbstbestimmung der Bürger haben wir Selbstbestimmung der Politiker. Das muss wieder gedreht werden! »

Wie die politische Elite in diesem Lande mittlerweile denkt, zeigte ein Interview des Bundespräsidenten in der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung» vom 25. April 2018. Da sagte Alain Berset wörtlich: «Über Volksinitiativen können die Bürger ein Thema lancieren, das ihnen unter den Nägeln brennt. Und dann schaut das Parlament mit seinen zwei Kammern, was man daraus unter Berücksichtigung der geltenden Verfassung und des Völkerrechts machen kann.»

Nach Meinung von Alain Berset sind also Volksinitiativen nichts Weiteres als die unverbindliche «Lancierung eines Themas», ein bisschen psychotherapeutisches Pro-forma-Dampfablassen, eine Fingernagelsache, politische Maniküre. Und das «hochwohlweise» Parlament und der allwissende Bundesrat, flankiert von den Richtern in Lausanne, schauen dann schon, ob man daraus irgendetwas machen könne.

SBI = Selbstverteidigung unserer Bürgerrechte

Das Volk wird entmachtet, die Verfassung versenkt. Es ist erlaubt, von korrupten Zuständen zu sprechen. Das dürfen wir uns nicht gefallen lassen. Bei der Abstimmung vom 25. November geht es um die entscheidende Frage: Wer macht in der Schweiz die Gesetze? Bestimmen die Bürger? Oder reissen Richter und Politiker die Macht an sich? Nein zum Obrigkeitsstaat. Ja zur direkten Demokratie. Ja zur Selbstbestimmungsinitiative.

von Nationalrat Roger Köppel, Chefredaktor, Küsnacht (ZH)

Abstimmung 25. November 2018
JA zur Schweizer Demokratie!
JA ZUR SELBSTBESTIMMUNGS-INITIATIVE

Ernst Hasler
alt.Regierungsrat
Haldenweg 1, 4802
Strengelbach (AG)

«Ein Ja zur Selbstbestimmung bedeutet ein Ja zu unserer Freiheit, Eigenverantwortung und Unabhängigkeit.»

Abstimmung 25. November 2018
JA zur Schweizer Demokratie!
JA ZUR SELBSTBESTIMMUNGS-INITIATIVE

Sandra Schneider
Kauffrau
Biel/Bienne (BE)

«In der Schweiz ist das Volk der Chef – und das soll auch so bleiben!»

Abstimmung 25. November 2018
JA zur Schweizer Demokratie!
JA ZUR SELBSTBESTIMMUNGS-INITIATIVE

Rémy Wyssmann
freier Rechtsanwalt und Notar, Fachanwalt für Haftpflicht- und Versicherungsrecht
Kriegstetten (SO)

«Weil freie Menschen sich nicht bevormunden lassen.»

Abstimmung 25. November 2018
JA zur Schweizer Demokratie!
JA ZUR SELBSTBESTIMMUNGS-INITIATIVE

Sandra Sollberger
Eidg. dipl. Malermeisterin
Bubendorf (BL)

«Unsere direkte Demokratie und Selbstbestimmung sind der beste Garant für einen gesunden gewerblichen Einfluss auf die Politik.»

SVP und Auns reichen die Volksinitiative für eine massvolle Zuwanderung ein

Am 31. August, gut sieben Monaten nach der Lancierung reichen AUNS und SVP die Volksinitiative «Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)» mit 118'772 Unterschriften ein. Die unkontrollierte Einwanderung und ihre schmerzhaften Folgen sind täglich spürbar. Die Situation bei den Langzeitarbeitslosen und die Folgen für die Sozialwerke sind besorgniserregend. Die Schweiz weist die höchste Erwerbslosenquote seit dem 2. Weltkrieg auf und dies, trotz der guten Wirtschaftslage. Besorgt ist die SVP und AUNS auch über die jüngsten Gewaltexzesse und Übergriffe gegen Frauen in Genf und am Rande der Street Parade.

«Es darf nicht sein, dass über 50-jährige und junge Berufsabsolventen keine Arbeit finden, weil entgegen dem Volkswillen noch immer jährlich zehntausende Migranten ins Land strömen.»

Nationalrat Thomas Aeschi, Fraktionspräsident, Baar (ZG)

«Seit Einführung der vollen Personenfreizügigkeit im Jahr 2007 liegt die durchschnittliche Nettozuwanderung zwischen 60'000 bis 80'000 Personen pro Jahr. Entgegen allen Medien-Behauptungen ist auch 2018 ein Rekordjahr: Noch nie zuvor zählte die Schweiz derart viele Ausländer. Diesen Sommer hat die Schweiz erstmals mehr als 8.5 Millionen Einwohner.»

Nationalrat Lukas Reimann, Wil (SG)

«Wenn es heute stimmt, dass die Zuwanderung mithilft, die AHV zu finanzieren, bleibt dies dennoch eine Zeitbombe für die künftigen Generationen. Auf lange Sicht haben all diese Personen Anspruch auf AHV-Leistungen, auch wenn sie nicht ihr ganzes Leben lang einbezahlt haben. Und es bräuchte dann immer mehr Zuwanderung, um diese AHV-Verpflichtungen finanzieren zu können. Ein solch gefährliches Schneeballsystem ist also definitiv der falsche Weg, um die AHV-Finanzierungsprobleme zu lösen.»

Nationalrat Michaël Buffat, Vuarrens (VD)

«Der Ausländeranteil bei den Arbeitslosen lag 2016 bei 47 Prozent, während der Anteil an der Gesamtbevölkerung in der Schweiz nur bei rund 25 Prozent liegt. Auch bei der IV ist der Ausländeranteil deutlich höher. Der Trend bestätigt sich auch bei der Sozialhilfe. Ausländer haben eine Quote von 6.2 Prozent und Schweizer nur von 2.2 Prozent.»

Nationalrätin Sandra Sollberger, Malermeisterin, Bubendorf (BL)

TOYOTA

ALWAYS A
BETTER WAY

TOYOTA SUV-HYBRID

JETZT GÜNSTIGER ALS EIN BENZINER*

Sag ja zur grösseren Reichweite und zum geräuschlosen sowie elektrischen Fahren ohne Steckdose. **Sag ja zu** geringem Verbrauch und zu niedrigem CO_2-Ausstoss. **Sag ja zu** 5 Jahren Hybrid-Garantie und 6 Jahren Gratis-Service. **SAG JA ZU TOYOTA HYBRID!**

BIS CHF 5'200.– KUNDENVORTEIL UND 0%-LEASING*

*__RAV4 Hybrid__ Victory 4x4, 2,5 HSD, 145 kW, Ø Verbr. 5,6 l/100 km, CO_2 127 g/km, En.-Eff. D. Ø CO_2-Emissionen aus Treibstoff- und/oder Strombereitstellung: 30 g/km. CHF 49'600.– abzgl. Vertrags-Prämie von CHF 2'000.–, abzgl. SUV-Hybrid-Prämie von CHF 2'000.– = CHF 45'600.–. Ein RAV4 Hybrid ist im Verhältnis günstiger als ein RAV4 Benziner mit A/T. **C-HR Hybrid** Trend, FWD, 1,8 HSD, 90 kW, CHF 34'300.– abzgl. Vertrags-Prämie von CHF 1'500.–, abzgl. SUV-Hybrid-Prämie von CHF 1'500.– = CHF 31'300.–, inkl. Mehrausstattung von CHF 500.– und Vorteil Trend Plus-Paket von CHF 1'700.–. Ø Verbr. 3,8 l/100 km, CO_2 86 g/km, En.-Eff. A. Ein C-HR Hybrid FWD A/T ist im Verhältnis günstiger als ein C-HR Benziner 4x4 A/T mit 130 PS. CO_2-Emissionen aus Treibstoff- und/oder Strombereitstellung: 20 g/km. Ø CO_2-Emissionen aller in der Schweiz immat. Fahrzeugmodelle: 133 g/km. **Leasingkonditionen:** Eff. Jahreszins 0,00%, Vollkaskoversicherung obligatorisch, Kaution vom Finanzierungsbetrag 5% (mind. CHF 1'000.–), Laufzeit 24 Monate und 10'000 km/Jahr. Eine Leasingvergabe wird nicht gewährt, falls sie zur Überschuldung führt. Die Verkaufsaktionen sind gültig für Vertragsabschlüsse vom 1. September 2018 bis 31. Oktober 2018 oder bis auf Widerruf.

Kein staatlicher Zwang!

Am 23. September stimmen wir über die trügerischen Initiativen «Fair-Food» und «Für Ernährungssouveränität» ab. Die beiden Volksinitiativen bringen vor allem mehr Bürokratie für die Produzenten und weniger Vielfalt für die Konsumenten.

Es gibt nur zwei richtige Antworten auf falsche Versprechen, nämlich 2x Nein!

Neu soll der Staat Import- oder Verkaufsverbote auf allen Produkten verhängen, die nicht zu 100 Prozent gemäss grünen Maximalforderungen produziert wurden. Die Folge wäre nicht mehr Umweltschutz, sondern weniger Auswahl und ein Kontrollapparat, der für die Produktionsbedingungen im Ausland dann doch keine Garantie wäre.

Die Folgen der Initiativen im Alltag
Der Konsument hätte künftig preislich und qualitativ keine Auswahl mehr. Heute kann er seine Eier entweder beim Bio-Hof um die Ecke oder beim Discounter kaufen – je nach Budget und Vorlieben. Damit wäre es bei einer Annahme der Initiativen vorbei. Es gäbe praktisch nur noch Premiumprodukte zum Premiumpreis. Und bei den Importen aus dem Ausland wäre man trotz teurem Kontrollapparat nicht einmal sicher, ob die Vorschriften tatsächlich eingehalten wurden.

Der Bauer könnte sich künftig noch weniger auf die Produktion konzentrieren und nicht mehr auf Grund den Gegebenheiten seines Bodens und Hofes wählen, nach welchem Label er anbauen will. Mit einer ganzen Reihe neuer Vorschriften und Einschränkungen sässen die Bauern noch mehr am Computer zum Ausfüllen von Formularen, als heute schon.

Fairer für die Bauern?
Es ist ein Irrtum zu glauben, mit den Initiativen würde der Erlös der Bauern aus den Produkten gesteigert. Die Produktion würde sich verteuern und durch schwer zu kontrollierende Konkurrenz aus dem Ausland könnten die Preise nicht so stark erhöht werden wie nötig. Wer etwas für einen fairen Erlös für die Bauern tun will, kauft heute schon am besten direkt bei den Bauern ein. Zudem müssen wir als Gesetzgeber uns dafür einsetzen, dass der Druck auf die produzierenden Bauern nicht weiter erhöht und dass deren unternehmerischer Handlungsspielraum nicht weiter eingeschränkt wird.
Sagen wir also am 23. September 2x Nein zu den radikalgrünen Agrar-Initiativen.

von Nationalrat Werner Salzmann, Mülchi (BE)

Weniger Auswahl, steigende Preise!
«2x NEIN zu einem staatlichen Diktat, was wir essen dürfen. 2 x NEIN zu mehr wirtschaftsschädlichem Einkaufstourismus!»
Nadja Pieren, Nationalrätin BE
23. September 2018
2x NEIN
Fair-Food-Initiative und Ernährungssouveränität
agrarinitiativen-nein.ch

Kein neues Agrardiktat!
«78 Prozent stimmten vor einem Jahr dem neuen Verfassungsartikel zur Ernährungssicherheit zu. Die Initiativen verkaufen falsche Hoffnungen und bringen mehr Bürokratie»
Hannes Germann, Ständerat SH
23. September 2018
2x NEIN
Fair-Food-Initiative und Ernährungssouveränität
agrarinitiativen-nein.ch

Weniger Auswahl, steigende Preise!
«2x Nein, denn damit geht die unternehmerische Freiheit verloren.»
Felix Müri, Nationalrat LU
23. September 2018
2x NEIN
Fair-Food-Initiative und Ernährungssouveränität
agrarinitiativen-nein.ch

Weniger Auswahl, steigende Preise!
«Höhere Preise für Lebensmittel im Inland würden dem Einkaufstourismus weiteren Schwung verleihen und die Schweizer Lebensmittelindustrie schwächen und damit bewusst inländische Arbeitsplätze gefährden.»
Diana Gutjahr, Nationalrätin TG
23. September 2018
2x NEIN
Fair-Food-Initiative und Ernährungssouveränität
agrarinitiativen-nein.ch

Unser Ziel ist und bleibt: AHV-Renten sichern!

Der Handlungsbedarf in unserer Altersvorsorge ist unbestritten. Die Lebenserwartung steigt, die Menschen werden älter und gleichzeitig sinken die Zinserträge aus der Bewirtschaftung der Altersguthaben. Die Sorgen der Bevölkerung um ihre Rente sind absolut berechtigt. Die Politiker sind gefordert, scheuen sich aber, wie so oft, ihren Wählerinnen und Wählern reinen Wein einzuschenken.

Denn die unangenehme Wahrheit ist: Die Rentenversprechen aus den wirtschaftlichen Boomjahren des letzten Jahrhunderts können ohne tiefgreifende Massnahmen in der AHV und bei der beruflichen Vorsorge nicht eingehalten werden.

Drei Stossrichtungen

Das heisst konkret, nur drei Stossrichtungen kommen zur nachhaltigen Sicherung der Altersvorsorge in Frage. Erstens: eine Senkung der Renten – das will keiner. Zweitens: eine Anpassung der Bezugsdauer, was auf eine schrittweise Erhöhung des Rentenalters hinausläuft. Das wäre ehrlich, realistisch und gerechtfertigt und entspricht auch zunehmend der Realität, da immer mehr Personen über das Rentenalter hinaus arbeitstätig bleiben. Oder drittens eine neue Finanzierungsregelung, wobei eine weitere Umlagerung der Lasten auf nachfolgende Generationen zu verhindern ist.

Nicht auf dem Buckel des Mittelstands

Bundesrat und Parlament, insbesondere der Ständerat, weichen dieser unangenehmen Wahrheit immer wieder aus. Sie wollen das Problem stattdessen mit Geld zuschütten. Am einfachsten ginge das mit zusätzlichen Mehrwertsteuerprozenten. Oder – wie neuerdings im Steuer-/AHV-Päckli propagiert – mit zusätzlichen Beitragslasten für den arbeitenden Mittelstand durch höhere Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträge. Das Problem wird damit nicht gelöst, sondern einfach auf künftige Generationen verschoben. Das kann's nicht sein.

Steuergelder sollen stärker in die Schweizer Altersvorsorge investiert werden, statt - mit teilweise sehr fragwürdigem Nutzen - für Entwicklungshilfe oder EU-Kohäsionsmilliarden im Ausland verpulvert werden.

AHV nachhaltig sichern

Die SVP verfolgt einen ehrlichen Weg, um die Altersvorsorge wirklich zu sichern. Eine Angleichung des Frauenrentenalters an jenes der Männer ist gerechtfertigt. Ohne Mehrwertsteuererhöhung geht es wohl nicht ganz, sie muss aber moderat bleiben. Wir schlagen maximal 0,3 Prozent vor, dann wären wir mit 8 Mehrwertsteuerprozenten wieder dort, wo wir bis vor einem Jahr schon waren. Zusätzlich muss das sogenannte Demografieprozent aus dem gleichen Topf endlich vollumfänglich der AHV zukommen und nicht mehr wie bisher zu einem guten Teil im allgemeinen Bundeshaushalt versickern. Und schliesslich sollen die heutigen Steuergelder wieder stärker in die Schweizer Altersvorsorge investiert werden, statt - mit teilweise sehr fragwürdigem Nutzen - für Entwicklungshilfe oder EU-Kohäsionsmilliarden im Ausland verpulvert werden. Für diese Art der Sicherung der AHV-Renten stehen wir als SVP ein.

von Nationalrat Thomas De Courten, Unternehmer, Rünenberg (BL)

Ja zur Schweiz

Schweizerzeit

SCHNUPPER-ABO

10 Ausgaben für nur Fr. 10.-

Name/Vorname

Strasse/Nr.

PLZ/Wohnort

Geburtsjahr E-Mail

Ausschneiden und senden an:
«Schweizerzeit Verlags AG, Postfach 54, 8416 Flaach»

dietschi
PRINT&DESIGN OLTEN

MARKUS REZZONICO
SVP-Delegierter Kanton Solothurn
AUNS-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61
markus.rezzonico@dietschi.ch

DIETSCHI PRINT&DESIGN AG
Ziegelfeldstrasse 60 4601 Olten T 062 205 75 75
www.dietschi-pd.ch

Kanalreinigung I Containerwartung I Mobiltoilettenservice

ASA-Service AG
Abwasser- und Umwelttechnik

www.asa-service.ch Service-Nr. 0848 310 200

DFSK

Kleiner Allrounder für grosse Ansprüche

CHF 14'950.-

DFSK an der Utilexpo in Genf vom 11. bis 13. Oktober 2018

C35 Kasten
*Preis exkl. 7,7% MWST, UPE
WWW.DFSK.SWISS

DFSK SWISS FINISH

ÜBERSETZEN, LEKTORIEREN, REDIGIEREN

AAREPTAN®

Obermattenweg 5, 5610 Wohlen
056 622 33 44, www.aareptan.ch
aareptan@gmail.com

INSERIEREN SIE IM SVP-KLARTEXT

Mehr als 60'000 Leser in der Deutschschweiz und in der Romandie. Informationen erhalten Sie per E-Mail an **klartext@svp.ch**

IMPRESSUM

SVP-KLARTEXT | SVP-KLARTEXT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 52'000 | Herausgeber und Redaktion: Stiftung SVP-Parteizeitung, Generalsekretariat | Postfach | 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | Fax: 031 300 58 59 | klartext@svp.ch | www.svp.ch | Redaktion: Patrice Piquerez | Bildquellen: Schweizer Parlament, Wikipedia, Wikimedia Commons, www.maxpixel.net, www.1zoom.me, www.srf.ch, SVP Schweiz

Krankenkassenprämien endlich von den Steuern abziehen

Die Prämien für die obligatorische Krankenkasse steigen jedes Jahr. Die Belastungen der Prämien für Einzelpersonen und Familien sind eine enorme Last. Dazu kommt, dass mit der Prämienverbilligung nur einkommensschwache Personen profitieren. Mit anderen Worten ist der Mittelstand der Zahler nicht nur für sich selber, sondern auch noch für die anderen.

Hinzu kommt, dass einkommensschwache Personen und Familien noch zusätzlich verbilligten Wohnraum erhalten, welcher dem Mittelstand verwehrt bleibt. Mit anderen Worten werden diejenigen bestraft, welche arbeiten und Geld verdienen.

Deshalb ist es dringend nötig, dass die Kosten für die obligatorischen Prämien vollständig vom steuerbaren Einkommen abgezogen werden können. Eine entsprechende Motion wurde im Nationalrat von 99 Personen unterzeichnet. Es ist aber dringend nötig, dass auch in den Kantonen durch die SVP gleichlautende Motionen eingereicht und überwiesen werden.

Die Prämien für die obligatorische Krankenkasse steigen jedes Jahr. Die SVP will Einzelpersonen und Familien durch Steuerabzüge entlasten.

Happige Steuerersparnis

Die Einsparungen für den Mittelstand wären beträchtlich. Nehmen wir an, dass eine vierköpfige Familie, bei welcher Vater und Mutter arbeitstätig sind, ein Nettoeinkommen von 150'000 Franken versteuert. Da wäre ein voller Abzug eine massive Entlastung. Eine Berechnung für die Stadt Zürich zeigt für eine Familie eine Steuerersparnis bei Gemeinde-, Kantons- und Bundessteuern von jährlich 3’800 Franken.

Mittelstand entlasten

Der Mittelstand muss entlastet werden. Keine Frage. Die SVP muss deshalb für diesen vollständigen Abzug der Krankenkassenprämien im Bund und in den Kantonen kämpfen. Wir sind die Partei, welche sich für die arbeitende Bevölkerung einsetzt. Der Mittelstand ist das Rückgrat unseres Landes. Sie tragen die Hauptlast. Die Krankenkassenprämien führen dazu, dass dieser Mittelstand nicht mehr vom Fleck kommt. Es darf nicht sein, dass der Mittelstand nur noch für Steuern und Zwangsgebühren arbeitet.

« Die Belastungen der Krankenkassenprämien für Einzelpersonen und Familien sind eine enorme Last. »

Die Steuerausfälle sind zu verkraften. Bund und Kantone schreiben Gewinne. Es ist zudem noch mehr als genug Sparpotential vorhanden, beispielsweise im Asylwesen, in der Entwicklungshilfe und der aufgeblähten Verwaltung. Zudem sind Steuersenkungen für den Mittelstand auch gut für die Wirtschaft. Was dem Staat nicht abgeliefert werden muss, kann selber ausgegeben werden und fliesst in die Privatwirtschaft, wo Arbeitsplätze geschaffen werden. Nicht der Staat muss wachsen, sondern die Wirtschaft.

von Nationalrat Alfred Heer, Unternehmer, Zürich (ZH)

JA ZUR SELBSTBESTIMMUNGS-INITIATIVE

Abstimmung 25. November 2018

www.selbstbestimmungsinitiative.ch

Engagieren Sie sich für die direkte Demokratie!

- ➔ Sprechen Sie Familienmitglieder, Freunde, Bekannte, Nachbarn und Mitarbeitende persönlich an!
- ➔ Diskutieren Sie am Stammtisch, Arbeitsplatz, auf dem Märit und überall, wo sich die Gelegenheit ergibt, über die Selbstbestimmungsinitiative!
- ➔ Hängen Sie ein oder mehrere Plakate an Ihrem Gartenzaun, Balkon, etc. auf!
- ➔ Verteilen Sie Flyer in Ihrer Nachbarschaft, am besten persönlich übergeben!

Plakatieren Sie jetzt!

..... Flyer A5

..... Papier Plakat A2 (42.0 cm x 59.4 cm)

..... Papier Plakat F4 (89.5 cm x 128 cm)

..... *Hohlkammer Plakat B1 (70 cm x 100 cm)

..... *Hohlkammer Plakat F4 (Weltformat 89,5 x 128 cm)

**feste, 5mm dicke Kunststoff-Allwetterplakate, einfach montierbar z.B. mit Kabelbinder*

Spenden Sie jetzt!

Unterstützung / Sponsoring

Nutzen Sie den Einzahlungsschein, der dieser Ausgabe beigelegt ist.
Herzlichen Dank für die wichtige Spende zum Wohle der Schweiz!

☐ **Finanzielle Unterstützung / Spenden**
Komitee JA zur Selbstbestimmung, Postfach, 3001 Bern
PC: 31-31457-1, IBAN: CH82 0900 0000 3103 1457 1
Nutzen Sie den beigelegten Einzahlungsschein. Besten Dank!

☐ **Flyer Sponsoring www.flyer-ueberall.ch – online ab 1. Oktober 2018**
Ich bin bereit, in einer beliebigen Gemeinde Flyer über das online Portal **www.flyer-ueberall.ch** verteilen zu lassen. Bitte informieren Sie mich.

Bitte einsenden an:

Generalsekretariat SVP Schweiz
Postfach, 3001 Bern
Telefon: 031 300 58 58
Telefax: 031 300 58 59
E-Mail: gs@svp.ch

Vorname/Name: .....

Adresse: .....

PLZ / Ort: .....

E-Mail: .....

Telefon / Mobile-Nr.: .....